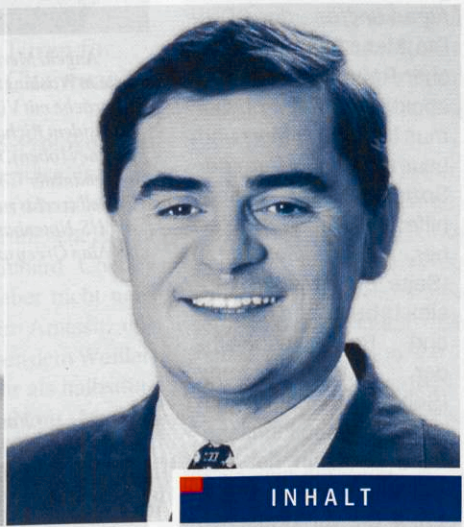


## F a k t e n u n d A r g u m e n t e



### CDU **erste Partei** mit einem Zuwanderungs-Konzept

Die mit Angela Merkel und Peter Müller vollzogene Weiterentwicklung der CDU in der Zuwanderungspolitik hat, wie es in einem von vielen ähnlichen Kommentaren heißt, „das Format des Historischen“.

„Merkel erweist sich einmal mehr“ – schreibt die Hannoversche Allgemeine –

„als Politikerin, die ein Gespür für den richtigen Moment und für die passende Konstellation hat.“ Und gibt Wolfgang Schäuble recht, der gesagt hat: Sie ist „auf der Langstrecke“ unterwegs. Der CDU ist damit eins sicher: erste Partei mit einem Zuwanderungs-Konzept.

*Seite 4 und Dokumentation*

#### INHALT

##### USA-REISE

Merkel punktet

SEITE 3

##### ÖKOSTEUER

Laurenz Meyer: Schröder eine Medaillenhoffnung im Eiertanz

SEITE 5

##### DOKUMENTATION

Zuwanderung steuern. Integration fördern. Antrag des Bundesvorstands

INNENTEIL

■ Angela Merkel zum CDU-Konzept zu Zuwanderung und Integration: Eine hervorragende Grundlage für die weiteren Beratungen (Seite 4) ■ Aufruf des Generalsekretärs: Beraten Sie mit uns mit! (Seite 4) ■ Angela Merkel auf dem Agrarkongress der CDU: Die Menschen im ländlichen Raum brauchen Perspektiven statt Populismus (Seite 7) ■ Merz und Laumann zur Reform der Sozial- und Arbeitslosenhilfe: Auf dem Weg zu einer neuen Solidarität (Seite 8) ■ Marlies Mosiek-Urbahn zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Seite 14) ■ Rainer Jork zum Berufsbildungsbericht: Rot-Grün hat das Ziel erneut verfehlt (Seite 15) ■ Ole von Beust: 40 Jahre SPD-Herrschaft in Hamburg endgültig genug (Seite 16) ■ Annette Schavan zum Buch von Alois Glück über die Aktive Bürgergesellschaft: Ein wichtiger Beitrag zur Programmarbeit der Union (Seite 20)

USA-REISE



Angela Merkel führte in Washington Gespräche mit Vizepräsident Richard Cheney (oben), mit Außenminister Colin Powell (rechts) und mit US-Notenbankchef Alan Greenspan



Fotos: Laurence Chaperon



IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



WASHINGTON-BESUCH DER PARTEIVORSITZENDEN

## Wo sie auftritt, Merkel **punktet**

**Einen „Weckruf von erfrischender Direktheit“ hat die FAZ Angela Merkels Auftritt in den USA genannt.**

In perfektem Oxford-Englisch und freier Rede präsentierte die Parteivorsitzende die CDU als verlässlichen Partner der Amerikaner, beeindruckte, wie Focus schreibt, durch Schlagfertigkeit und klare Positionen.

Vor mehr als 270 – meist amerikanischen – Zuhörern sprach sie auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington über die „Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“. Ihre Botschaft: „Mit den Amerikanern und besonders mit der neuen Regierung verbinden uns gemeinsame Werte: Freiheit, Verantwortung des Einzelnen und Marktwirtschaft.“

Deshalb sei der Wahlsieg von George W. Bush und der Republikanischen Partei auch ein Signal für die Union in Deutschland und ihren Anspruch, die Politik des Landes nach der Bundestagswahl im Jahr 2002 wieder zu bestimmen.

Selbst wenn ihm die darin enthaltene Prognose nicht gefallen haben dürfte, Kar-

sten Voigt, Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanischen Beziehungen: „Frau Merkel hat das sehr, sehr gut gemacht.“

### Offene Türen für „Madam Chairman“

Nach US-Protokoll ist auch der Vizepräsident üblicherweise nur für ausländische Regierungschefs zu sprechen. Richard Cheney ließ es sich aber nicht nehmen, in seinem Amtssitz unmittelbar neben dem Weißen Haus ein mehr als halbstündiges Gespräch mit „Madam Chairman“ und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Volker Rühle zu führen.

Weitere Gespräche in Washington: mit Außenminister Colin Powell, mit US-Notenbankchef Alan Greenspan, dem US-Handelsbe-

auftragten Bob Zoellick und mit dem Chef des Internationalen Währungsfonds, Horst Köhler.

In New York, der letzten Station ihrer viertägigen Reise, sprach die Parteivorsitzende mit Henry Kissinger und folgte einer Einladung des American Jewish Committee.

Am Rande ihrer politischen Gespräche hat die promovierte Physikerin Craig Venter in seinen Laboratorien besucht, den Pionier bei der Entschlüsselung des menschlichen Genoms.

„Wo immer sie auftritt“, bilanziert der USA-Korrespondent des Berliner Tagesspiegel die Reise, „Merkel punktet“ und zitiert einen amerikanischen Kollegen: „Ich hatte die CDU für die nächste Wahl schon abgeschrieben. Nach diesem Besuch bin ich etwas vorsichtiger geworden.“

### USA bewegen sich beim Klimaschutz

Trotz ihres Neins zum Abkommen von Kyoto zeichnet sich in der neuen US-Regierung eine positive Haltung zum Klimaschutz ab. Angela Merkel erklärte, dass sie nach ihren Gesprächen in Washington den Eindruck gewonnen habe, es werden Alternativen zu Kyoto entwickelt. Auch die Regierung von Präsident George W. Bush bestreite die Gefahren der Erderwärmung nicht.

ANGELA MERKEL:

## Eine hervorragende **Grundlage** für die weiteren Beratungen

**Der Abschlussbericht der Zuwanderungskommission unter der Leitung des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller ist am 28. April einstimmig beschlossen worden. Am 3. Mai verabschiedete nach eingehender Diskussion der Bundesvorstand den Beschluss mit nur wenigen Änderungen.**

Angela Merkel dankte Peter Müller und den Mitgliedern der Präsidentschaftskommission: „Die CDU ist die erste Volkspartei in Deutschland, die mit dem bisher erreichten Ergebnis ein umfassendes Zuwanderungskonzept vorgelegt hat. Und: Wir verfügen jetzt über eine hervorragende Grundlage für die weiteren Beratungen, die in den Beschluss auf dem *Kleinen Parteitag* am 7. Juni in Berlin münden werden.“

Von da ist es dann nur noch ein Schritt zu einem dringend notwendigen Zuwanderungsbegrenzungs- und Integrationsgesetz, das die zahlreichen – auch schon heute gültigen – Rechtsvorschriften in einem einheitlichen Gesetzeswerk bündelt.

Zu diesem Zweck ist es höchste Zeit, dass auch die Bundesregierung ihre Position in dieser Frage offenlege. Peter Müller appellierte an Rot-Grün, die Lösung dieser Aufgabe nicht auf die lange Bank zu schieben.

Vier Grundsätze sind es, an denen sich das Konzept der CDU orientiert:

■ Die Steuerung der Zuwanderung muss unter

Beachtung der Grenzen der Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik erfolgen.

■ Die Zuwanderung muss sich an den eigenen legitimen Interessen ausrichten.

■ Das Konzept muss gewährleisten, dass Deutschland auch weiterhin seinen humanitären Verpflichtungen nachkommt.

■ Das Zuwanderungskonzept muss immer auch

**GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:**

### Beraten Sie **mit uns** mit!

**Liebe Freunde,**  
der Bundesausschuss wird am 7. Juni den Bundesvorstandsbeschluss „Zuwanderungsteuern. Integration fördern“ beraten und darüber Beschluss fassen.

Die antragsberechtigten Gliederungen haben die Möglichkeit, zu dieser Vorlage Änderungs- und Ergänzungsanträge zu stellen. **Frist für die Einreichung bei der Bundesgeschäftsstelle: Montag, 28. Mai, 12 Uhr.**

Für die Bearbeitung Ihrer Anträge wäre es eine große Hilfe, wenn Ihre

Texte nicht manuell in die Datenverarbeitung der Bundesgeschäftsstelle eingegeben werden müssen. Bitte machen Sie von der Möglichkeit Gebrauch, Ihre Anträge als E-Mail an die Adresse **antragskommission@cdu.de** zu senden.

Darüber hinaus ist es unabdingbar, jeden Einzelantrag mit einem präzisen Hinweis auf den Bezugsort zu versehen. Wenn zum Beispiel ein Antrag zum Thema „Härtefälle“ gestellt werden soll, muss als Bezugsort angegeben werden „IE 3.7“.



gleichzeitig ein Integrationskonzept sein.

Peter Müller warnte vor dem Glauben, dass durch Zuwanderung die Probleme der demographischen Entwicklung in Deutschland gelöst werden könnten, aber auch vor der Meinung, Zuwanderung rangiere an Wichtigkeit noch vor Ausbildung und Qualifizierung. Das ist nicht der Fall: „Bevor wir die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts durch Zuwanderung lösen, müssen wir das Erwerbstätigenpotential bei uns ausschöpfen, um arbeitslose Menschen in Beschäftigung zu bringen.“

Vor diesem Hintergrund sollen differenzierte Regelungen für einzelne Zuwanderungsgruppen gelten: z. B. die Zahl der Asylbewerber, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge dürfe nicht limitiert werden. Mit einer Beschleunigung der Asylverfahren müsse allerdings verhindert werden, dass zusätzliche Zuwanderungsanreize entstehen.

Stichwort Arbeitsmigration: ■ Die CDU will den Aufenthalt von Saisonarbeitern von vornherein zeitlich befristen. ■ Für fachlich qualifizierte und Höchstqualifizierte soll es jährliche Quoten geben. ■ Diese Quotierung soll nach einem Punktesystem erfolgen:

## Schröder ist eine Medaillenhoffnung im Eiertanz

**Zu den Geheimplänen in der SPD-Zentrale, die nächste Stufe der Ökosteuer auszusetzen:**

Eines machen diese Pläne deutlich: die SPD ist von ihren eigenen Beschlüssen verunsichert. Wenn Eiertanz eine olympische Disziplin wäre, dann wäre Herr Schröder eine echte Medaillenhoffnung.

„Sechs Pfennig den Liter Benzin. Das ist das Ende der Fahnenstange.“ Mit diesen Worten setzte der Bundeskanzler eine Preispirale in Gang, der er nicht mehr Herr wird. Mittlerweile beträgt der Ökosteuer-Anteil am Benzin – inklusive Mehrwertsteuer – 21 Pfennige. Für November ist eine Schwefelsteuer von zusätzlich 3 Pfennigen geplant und im Januar nächsten Jahres weitere 7

Pfennig Ökosteuer. 2002 beträgt der Steueranteil an einem Liter Benzin 1,56 Mark. Damit kassiert die Regierung mehr als zwei Drittel des Benzinpreises.

Dass ihre Argumentation nicht durchdringt, hat nun endlich auch die SPD-Parteizentrale begriffen. Allein der Kanzler hat sich derart in seine Argumentation verstrickt, dass er ohne Gesichtverlust nicht aus der Affäre kommt. Pendler, Studenten und Rentner sind die Leidtragenden. Dass die SPD erst bei einem Benzinpreis von 2,40 Mark Handlungsbedarf sieht, macht ihren Realitätsverlust deutlich. Für die Ölkonzerne eröffnet das eine weitere Preiserhöhung bis zu 20 Pfennig je Liter Benzin. Das ist erneut das falsche Signal.

nach Alter, Ausbildungsstand, Berufserfahrung und Bedarf am Arbeitsmarkt.

Zum wichtigen Element der Integration, um das das Konzept ergänzt wird, hat die CDU beschlossen: ■ das Angebot flächendeckender

Integrationskurse ■ die Bereitschaft zu gesetzestreuem Verhalten ■ die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen und ■ die Traditionen von Christentum, Humanismus und Aufklärung zu respektieren. **UID**

## Mit einer Autorität ausgestattet, die die **Demokratie** nicht zulässt

**Zur Konstituierung des Nationalen Ethikrates erklärte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Jochen Borchert:**

Schon der Begriff ist eine Anmaßung. Er hat keine demokratisch-parlamentarische Legitimierung. Der „nationale Ethikrat“ ist ein Beratungsgremium des Kanzlers für den Kanzler. Der Bundeskanzler tut zwar gut daran, sich bestmöglichst beraten zu lassen, doch darf er seinem Beratungsgremium nicht das Attribut „national“ beifügen. Dem Gremium wird eine Autorität unterstellt, die ihm in einer parlamentarischen Demokratie nicht zusteht.

Durch die Berufung des Ethikrates besteht die Gefahr, dass die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages missachtet und relativiert wird. Zudem konterkarieren einige Ratsmitglieder von vornherein den Sinn dieses Rates, indem sie durch individuelle Stellungnahmen deutlich machen, wie uto-

pisch es ist, dass der Ethikrat auch nur annäherungsweise zu einem Beratungsvotum in Fragen der Gentechnologie kommen wird.

Das zunehmende Stimmengewirr der Räte schadet der öffentlichen Diskussion, zumal gewichtige Vertreter des Ethikrates wie der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Ernst-Ludwig Win-

nacker, ethische Positionen je nach Forschungsstand neu bestimmen. Die kirchlichen Ethikanwälte der Unverletzlichkeit der Menschenwürde werden es angesichts des immer stärker zu spürenden Soges des Machbarkeitswillens der Wissenschaft und der Wirtschaft schwer haben, das eigene Anliegen öffentlichkeitswirksam zu artikulieren.

### FACHTAGUNG IN BERLIN

## Wir haben die ethische Verpflichtung, Afrika zu **helfen**

**Am 7. Mai hat Generalsekretär Laurenz Meyer in Berlin eine Fachtagung des Bundesausschusses Entwicklungspolitik und des Bundesarbeitskreises Menschenrechte eröffnet.**

Unter der Moderation von Armin Laschet MdEP, dem Vorsitzenden des Bundesausschusses Entwicklungspolitik, und Hermann Gröhe, dem Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises Menschenrechte, diskutierten 100 Gäste über

die Menschenrechtsproblematik in Afrika.

Den Rahmen der Veranstaltung bildeten zwei Diskussionsrunden, in denen unter dem Oberthema „Menschenrechte in Afrika“ die Afrika-Politik der Bundesregierung, die Menschenrechtslage in Afrika insgesamt und in besonderen Regionen sowie entwicklungspolitische Maßnahmen analysiert wurden.

<http://www.cdu.de> Ansprache des Generalsekretärs: [www.cdu.de](http://www.cdu.de)



ANGELA MERKEL:

# Die Menschen im ländlichen Raum brauchen Perspektiven statt **Populismus**

Die Parteivorsitzende hat am 7. Mai in Berlin den Agrarkongress „Landwirtschaft Wirtschaftsland. Zukunft für den ländlichen Raum“ eröffnet. Mehr als 700 Teilnehmer, unter ihnen EU-Agrarkommissar Franz Fischler, suchten gemeinsam Antworten auf die drängenden Fragen der Land- und Ernährungswirtschaft.

Das Auftreten von BSE und der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche hat zu einer schweren Krise in der Land- und Ernährungswirtschaft geführt, betonte Angela Merkel in ihrer Eröffnungsansprache. Viele landwirtschaftliche Betriebe und Tausende von Arbeitsplätzen seien gefährdet. Sie forderte die Bundesregierung auf, den Bäuerinnen und Bauern endlich mehr zu bieten als „flotte Sprüche“ von einer Agrarwende. Es sei falsch, in der Agrarpolitik nur auf den ökologischen Landbau zu setzen und die konventionell arbeitenden Betriebe zu vernachlässigen. Notwendig sei vielmehr eine Weiterent-

wicklung der Landwirtschaft, unterstrich Angela Merkel.

Außerdem plädierte die Parteivorsitzende für eine gleichwertige Entwicklung der ländlichen Räume: Es müsse darum gehen, ungeachtet der unterschiedlichen Strukturen in Nord und Süd, West und Ost, eine Politik für alle Betriebsformen zu machen.

Als weiteres Ziel nannte Angela Merkel die Verbesserung des Verbraucherschutzes. Sie schlug erneut die Schaffung eines eigenständigen Verbraucherschutzministeriums auf Bundesebene vor. Aber auch die Verbraucher sind gefragt, zu entscheiden, was ihnen die Ernährung wert sei.

## Rad in der Landwirtschaftspolitik nicht neu erfinden

EU-Agrarkommissar Franz Fischler erteilte einer Agrarwende ebenfalls eine klare Absage. Die europäische Landwirtschaftspolitik habe die Ziele wettbewerbsfähige Landwirtschaft, Umweltfreundlichkeit und Lebensmittelsicherheit frühzeitig aufgegriffen. Es bestehe also kein Grund, an diesen Zielen etwas zu ändern. Mit dem Reformprozess im Zuge der Agenda 2000 sei die EU auf dem richtigen Weg. Es gebe keinen Anlass, „das Rad neu zu erfinden“ oder „in archaische Utopien zu flüchten“.



Angela Merkel ist am 9. Mai im Konrad-Adenauer-Haus mit dem stellvertretenden Premierminister und Außenminister Israels, Shimon Peres, zusammengetroffen. Inhalte des Gesprächs waren die deutsch-israelischen Beziehungen sowie die aktuelle Lage im Nahen Osten.

# Auf dem Weg zu einer neuen **Solidarität**

## Zur Reform der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe erklärten der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Reformüberlegungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Sozial- und Arbeitslosenhilfe gehen davon aus, dass

- die Gesellschaft für den Einzelnen und der Einzelne für die Gesellschaft da ist,
- nur eine wechselseitige Solidarität den Wohlstand erhalten kann,
- jeder zunächst für sich selbst verantwortlich ist,
- der, der arbeitet, mehr verdienen soll als der, der nicht arbeitet,
- genug Arbeit da ist für die, die arbeiten können und wollen,
- das staatliche Transfer-system so auszugestalten ist, dass reguläre Arbeit sich mehr lohnt als Sozialleistungen plus Schwarzarbeit.

Sozialhilfe war ursprünglich eine Sicherung für Menschen, die vorübergehend in Not geraten waren. In den 60er Jahren gab es daher auch nur rund 0,5

Millionen Sozialhilfeempfänger. Heute sind 2,7 Millionen Menschen auf die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ angewiesen und haben allein im vergangenen Jahr rund 20 Mrd. DM an Leistungen erhalten. Von den Sozialhilfeempfängern sind rund 1 Million grundsätzlich arbeitsfähig, weil sie weder Familienpflichten haben, noch krank, behindert oder über 65 Jahre alt sind. Daneben gibt es rund 1,5 Millionen Menschen, die ebenfalls keine Arbeit haben, bedürftig sind und von der Bundesanstalt für Arbeit im letzten Jahr insgesamt 25,7 Mrd. DM an Arbeitslosenhilfe bezogen haben.

Die beiden Systeme müssen zusammengeführt werden. Ziel ist es, Menschen mit denselben Herausforderungen (keine Arbeit) gleiche Leistungen durch dasselbe Instrument bei durchgehender Betreuung anzubieten. Vor allem muss der Anreiz, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt anzunehmen, deutlich erhöht werden, indem die Wirkung der Sozialhilfe als Lohnuntergrenze aufgebrochen wird.

Dies soll aus Sicht der

Union insbesondere auf folgende Weise geschehen:

1. Durch das von der CDU geplante Familiengeld erhält die Familie ein relativ hohes „Einkommen“, das ihr sicher ist und das bewirkt, dass der vom Sozialamt auszuzahlende Betrag für die Familie und damit der Schwellenwert, ab dem sich Arbeit wieder lohnt, deutlich sinkt. Das Lohnabstandsgebot wird wieder eingehalten. Für die Familie mit drei Kindern wird es sich bereits ab einem Monatseinkommen von 1100 DM wieder lohnen zu arbeiten. Außerdem stellt das Familiengeld die Gerechtigkeit zwischen Menschen, die arbeiten und Sozialhilfeempfängern wieder her. Beide bekommen für ihre Kinder das gleiche Geld (1200 bzw. 600 DM monatlich pro Kind, je nach Alter). Heute dagegen erhält der Arbeitnehmer Kindergeld in Höhe von 270 DM monatlich; der Sozialhilfeempfänger dagegen erhält für sein Kind zusätzlich Sozialhilfe und damit staatliche Transferzahlungen von teilweise über 1000 DM (z.B. in München). Da das Familiengeld



den Sozialhilfebedarf eines Kindes abdeckt, muss künftig für kein Kind mehr Sozialhilfe gezahlt werden.

**2.** Es gibt genug Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit gab es im März 2001 in ganz Deutschland rund 1,6 Millionen offene Stellen. Hier von ist jede zweite Stelle für Nicht-Facharbeiter oder einfache Angestellte geeignet. Ein weiteres kommt hinzu: Im Jahr 2000 wurden fast 1,1 Millionen Arbeiterlaubnisse für ausländische Arbeitnehmer erteilt, von denen die Mehrzahl deshalb teilt wurde, weil sich kein deutscher Arbeitnehmer für die jeweilige Beschäftigung fand. Des weiteren waren nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit im März 2001 243.000 Ausbildungsstellen bei den Arbeitsämtern als unbesetzt gemeldet. Angesichts der Zahlen ist klar, dass grundsätzlich jedem Hilfeempfänger ein Arbeitsangebot gemacht werden kann. Wer dann ein solches Angebot ausschlägt, bedarf offensichtlich nicht der Hilfe.

**3.** Das Regel-/Ausnahmeverhältnis der Sozialhilfe wird umgekehrt. Das Sozialamt muss nicht mehr die

## Langsam wird's eng, Herr Schröder

Die Arbeitsmarktzahlen für April bestätigen den seit Monaten zu beobachtenden Negativ-Trend auf dem Arbeitsmarkt. ■ Karl-Josef Laumann und Birgit Schnieber-Jastram: Nun wird's richtig eng für den Kanzler. Die Arbeitslosigkeit will er drastisch senken. Daran glaubt inzwischen keiner mehr. ■ Peter Rau: Der Arbeitsmarkt spiegelt die desolante Binnenkonjunktur, die eine Folge der mittelstandsfeindlichen Politik von Rot-Grün ist. ■ Günter Nooke: Mit einer Arbeitslosenquote von 17,1 % setzt sich die Abkoppelung des Ostens vom Westen fort.

Zahlungen kürzen, wenn eine zumutbare Arbeit verweigert wird, sondern der Hilfeempfänger hat von vorneherein nur dann einen Anspruch auf die volle Leistung, wenn er nachweist, dass er eine Arbeit annimmt, einer gemeinnützigen Tätigkeit nachgeht oder eine Ausbildung absolviert. Arbeitet er nicht, hat er nur Anspruch auf das absolute Existenzminimum.

**4.** Hilfeempfänger ohne berufliche Qualifikation sind verpflichtet, eine Berufsausbildung zu absolvieren, um den ungeschmälersten Leistungsanspruch zu bewahren.

**5.** Ausländische Sozialhilfeempfänger mit Sprachdefiziten müssen zum Deutschunterricht gehen, wenn sie Anspruch auf die ungeschmälersten Leistungen haben wollen.

**6.** Es gelten einheitliche Zumutbarkeitskriterien für die Annahme einer Arbeit. Sozialhilfeempfänger und Empfänger von Arbeitslosenhilfe erhalten beide aus Steuermitteln Transferleistungen, weil sie keine Arbeit haben. Von beiden Personengruppen kann mit demselben Recht erwartet werden, dass sie eine Eigenleistung erbringen, um aus dem Hilfebezug herauszukommen.

**7.** Das Leistungsniveau von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe wird schrittweise angeglichen.

**8.** Ältere Arbeitnehmer, die wenigstens 15 Jahre erwerbstätig waren, können ihr Erspartes behalten.

**9.** Die Hilfeempfänger werden von Anfang an und durchgängig betreut und beraten.

## Heimtückisch

■ Die Schröder-Regierung beabsichtigt, die Versicherungsrechte bei Kündigung von Krankenkassenmitgliedschaften einzuschränken, einen Mindestbeitragssatz einzuführen und den Risikostrukturausgleich auszuweiten. Die Krankenversicherten werden „auf kaltschnäuzige Art“ entmündigt und für die bisherige Wahrnehmung ihrer Rechte bestraft. **Horst Seehofer**, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Ein heimtückischer Schlag gegen den Verbraucherschutz, der den Weg hin zu einer Einheitskasse ebnet.“

## Nachtrag nötig

■ Die Spatzen pfeifen es inzwischen von den Dächern: Im Bundeshaushalt 2001 klaffen gewaltige Haushaltslöcher. Größenordnung: mindestens 12 Milliarden Mark. **Dietrich Austermann**, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wir wollen eine öffentliche Anhörung über die Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts 2001 unter besonderer Berücksichtigung der finanziellen Situation der Bundeswehr. Die nach der Geschäftsordnung notwendige Mehrheit zur Durchsetzung dieser Forderung haben wir.“

## Verzweifelter Hilferuf

■ Mehr Geld für den Verteidigungsetat hat der Generalinspekteur der Bundeswehr gefordert. Anlass für den verzweifelten Hilferuf: Der Einsatz- und Ausbildungsbetrieb steht kurz vor dem Zusammenbruch. **Paul Breuer**, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Finanzielle Strohfeuer reichen nun nicht mehr aus. Wenn der oberste Soldat der Bundeswehr sich öffentlich zu Wort meldet, dann steht mehr auf dem Spiel als bisher bekannt: unsere Sicherheit und Deutschlands internationale Glaubwürdigkeit.“

## Überfordert

■ Über 3 Milliarden Mark Sozialhilfe zahlen die deutschen Städte und Landkreise an Ausländerfamilien: drei mal so viel Geld, wie der Bund für die Integration von Zuwanderern ausgibt. Die Arbeitslosigkeit bei Ausländern ist doppelt so hoch wie bei Deutschen. Der Anteil der Ausländer an den Sozialhilfebeziehern stieg in den letzten 20 Jahren von 8 auf 23 Prozent. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wir sind ein weltoffenes Land, heißen Fremde willkommen und wollen das friedliche Zusammenleben von Alt-

eingesessenen und Zuwanderern in unseren Städten und Gemeinden, die selbstverständlich auch die Integration organisieren müssen und dafür verantwortlich sind, dass z. B. Sprachkurse durchgeführt werden. Bezahlen muss diese gesamtstaatliche Aufgabe der Bund. Die Kommunen sind damit überfordert.“

## Gezieltes Schröpfen

■ Neue Subventionen für Strom- und Wärmeerzeugungskapazitäten in Höhe von 15 Milliarden Mark hat der stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Müller gefordert. Das heißt: eine weitere Verteuerung des Stroms. **Kurt-Dieter Grill**, Berichterstatter der CDU/CSU für Energiepolitik: „Die SPD, die gestern noch die Preistreiberei der Ölmultis beklagt hat, wird am Ende dieser Legislaturperiode selber die Strompreise um zirka 8 Pfennig gesteigert haben. Einmal mehr: Der Verbraucher wird von Rot-Grün geschröpft.“

## Überfällig

■ Das Bundeskartellamt hat seine Zustimmung zur Etablierung eines vierten ostdeutschen Stromversorgers signalisiert. Damit dürften auch von der Europäischen Union keine Widerstände



mehr zu erwarten sein. **Günter Nooke**, Sprecher der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten in der CDU/CSU: „Der vierte Stromversorger war längst überfällig und wird endlich gesunden Wettbewerb auf dem ostdeutschen Energiesektor schaffen.“

## Funkstille

■ Die kriminellen Strukturen in Europa verfestigen sich zunehmend, und die Zahl der Gewaltdelikte steigt dramatisch an. Trotzdem passiert auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung nichts. Kein Wunder, wenn sich die Polizei über mangelnde Unterstützung durch die rot-grüne Bundesregierung beklagt. **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU, erinnert an die Maßnahmen der früheren Bundesregierung: ■ Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels 1992 ■ Geldwäschebekämpfungsgesetz 1993 ■ Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994 ■ Gesetz zur Bekämpfung der Korruption und die Novellierung des Bundeskriminalamtgesetzes 1997 ■ Einführung der akustischen Wohnraumüberwachung und des sog. Lauschangriffs 1998: „Seitdem Funkstille. Und: Die wichtige Kronzeu-

## CDU-Sieg in Ludwigshafen

■ „**DAS IST IHR PERSÖNLICHER SIEG.**“ So die Worte von Helmut Kohl, der ebenfalls zur Wahlparty gekommen war, wo die Ludwigshafener CDU den „endgültigen Fall der ehemals roten Hochburg“ feierte. **Eva Lohse** heißt die neue Oberbürgermeisterin. Bei der ersten Direktwahl in der Chemie-Stadt hat sie gegenüber fünf Konkurrenten bereits im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten und mit einem Abstand von 15 Prozent ihren SPD-Kontrahenten weit hinter sich gelassen.

■ **TRIUMPH AUCH IN NEUBRANDENBURG:** In seiner Heimatstadt hat sich der ehemalige Bundesforschungsminister **Paul Krüger** durch Stichwahl gegenüber dem PDS-Kandidaten Koppelin durchgesetzt.

Angela Merkel an beide: „Herzlichen Glückwunsch!“

genregelung hat Rot-Grün einfach auslaufen lassen.“

## Sinneswandel

■ Rot-Grün hat einen Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Erhöhung der sog. Übungsleiterpauschale auf 4.800 Mark und die Erweiterung des Bezahlerkreises um Vorsitzende, Funktionsträger und Helfer zurückgewiesen. Noch im Sommer 1999 hatte auch die sportpolitische Sprecherin der SPD dieselbe Erhöhung gefordert und die Kosten wegen der großen gesellschaftlichen Bedeutung des Sports gerechtfertigt. Davon will sie allerdings heute nicht mehr wissen – genau so wenig wie der parlamentarische

Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, **W. Schmidt**, der ebenfalls im Sommer 1999 die Ausdehnung der Übungsleiterpauschale auf alle ehrenamtlich Tätigen im gemeinnützigen Kernbereich wollte. **Jochen-Konrad Fromme**, Mitglied der CDU/CSU: „Was offensichtlich gestern noch vertretbar war, ist heute nach Meinung beider zur utopischen Forderung geworden. Etwas mehr Seriosität und Ehrlichkeit täte den Vereinen gut und auch dem Ehrenamt.“

## Heimlichtuerei

■ Bürgerbeteiligung und Transparenz sollen nach Meinung des Bundesministeriums für Wirtschaft und



Technologie ganz oben stehen. Deshalb auch die Ankündigung anlässlich des Kongresses „Internet – eine Chance für die Demokratie“: Das geplante Informationsfreiheitsgesetz wird das Verwaltungshandeln durchschaubarer machen und die Möglichkeit konstruktiver Mitwirkung verbessern. **Martina Krogmann**, Internet-Beauftragte der CDU/CSU: „Doch siehe da: Der Entwurf dieses gepriesenen Gesetzes ist weder im Netz noch sonstwo öffentlich zugänglich. Also: Nicht nur reden, sondern machen!“

### Kleinster Nenner

■ Nach heftigem Gezerre mit den SPD-Ministerpräsidenten hat Schröder eine Kindergelderhöhung um 30 Mark verkündet. Es fragt sich, wie lange dieser kleinste gemeinsame Nenner Bestand hat. Denn der Beschluss steht unter dem Vorbehalt des Ergebnisses der Steuerschätzung in zwei Wochen. **Maria Böhmer** und **Maria Eichhorn**, stellv. Vorsitzende der CDU/CSU und Vorsitzende der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „Für uns ist dieser Schritt völlig unzureichend. Durch die Ökosteuer werden die 30 Mark sogar auf weniger als Null verringert.“

FRIEDRICH MERZ:

## Schröders Arbeitslose

**Vor einem Monat habe ich prophezeit, dass sich der ohnehin nur mäßige Abbau der Arbeitslosigkeit im zurückliegenden Jahr im laufenden Jahr weiter abschwächen wird.**

Grund für meine Befürchtung war das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. Die rot-grüne Bundesregierung war also gewarnt. Die neuesten Zahlen vom Arbeitsmarkt haben nun gezeigt, wie berechtigt die Warnsignale waren. Die Zahlen für April belegen den seit Monaten zu beobachtenden Negativ-Trend auf dem Arbeitsmarkt. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen seit Beginn des Jahres 2001 von Monat zu Monat gestiegen, die Zahl der Beschäftigten stagniert und die Unternehmen bieten weniger offene Stellen als im Vormonat.

Die Entwicklung hat Gründe: Zu lange hat sich die Bundesregierung auf den schwachen Euro gestützt und damit auf eine nur durch den Export gestützte Konjunktur. Dabei hat sie die desolate Binnenkonjunktur außer Acht gelassen, die eine Folge der mittel-

standsfeindlichen Politik dieser Regierung ist. Während Großunternehmen durch die Steuerreform massiv entlastet wurden, müssen kleine und mittlere Unternehmen noch auf Jahre mit einem zu hohen Steuertarif und mit verschlechterten Abschreibungsbedingungen leben. Statt das Arbeitsrecht und den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, hat Schröder von der alten Regierung durchgesetzte Reformen rückgängig gemacht und belastet heute die Betriebe mit zusätzlichen Regulierungen.

### „Der neue kranke Mann des Kontinents“

Die International Herald Tribune in New York nannte unter der Überschrift „Deutschland der neue kranke Mann des Kontinents“ die Gründe für die Misere. Deutschland verharre im Wirtschaftsreformstau und der Arbeitsmarkt sei zu stark reguliert. Daher ist es auch kein Wunder, dass Deutschland im europäischen Vergleich immer weiter abgeschlagen wird.



## GANZTAGSSCHULEN

stehen auf der Wunschliste der Deutschen ganz oben. Jeder zweite äußerte sich entsprechend, wie eine Repräsentativbefragung des Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS) zeigt. Im Westen wollen 49 Prozent die Ganztagsbetreuung, im Osten 47, wo es aufgrund von DDR-Erfahrungen damit unmittelbar nach der Wende größere Vorbehalte gab.

## KNAPP EIN 5tel

der gesamten Wirtschaftsleistung in Deutschland wird durch Schwarzarbeit erbracht: im Wert von 650 Milliarden Mark. Höhe der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, die dadurch dem Staat entgehen: drei Milliarden Mark durch je 100.000 illegale Arbeitsplätze. Und: Allein auf dem Bausektor werden durch Schwarzarbeit 170.000 Arbeitsplätze vernichtet.

## ZWÖLF JAHRE LANG

könnten alle 48 Millionen Handy-Besitzer in Deutschland ununterbrochen telefonieren, wenn man die Energieeinsparung durch Kunststoffrecycling dank *Grünem Punkt* dafür nutzen würde. So die Sammelbilanz des Dualen Systems Deutschland (DSD). Auf jeden einzelnen Bundesbürger herun-

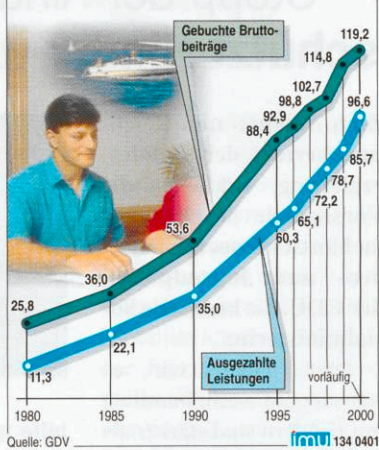
tergerechnet: durchschnittlich 78 Kilogramm Verpackungsmüll im letzten Jahr – 600 Gramm mehr als 1999. Vorstandsvorsitzender Wolfgang Brück: „Die Vorgaben der Verpackungsordnung sind damit wieder erfüllt.“

## WISSEN

und Kreativität von Mitarbeitern werden künftig zum entscheidenden Erfolgsfaktor für Unternehmen. Um spontanen Austausch und innovative Ideen zu fördern, muss sich allerdings der Charakter des herkömmlichen Büros entscheidend wandeln. Wilhelm Bauer vom Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation hat die Wirkung von starren Arbeitszeiten und Ein-Mann-Büros untersucht. Ergebnis: Außergewöhnliche Problemlösungen entstehen durch „zufällige Kommunikation“ und brauchen größtmögliche Offenheit zur Bedingung.

**WER IM INTERNET** die Adresse [## Lebensversicherungen im Trend](http://www.verteidi-</a></p>
</div>
<div data-bbox=)

Jahresergebnisse der Versicherungsunternehmen in Deutschland, Milliarden DM



*Lebensversicherungen sind ein klassisches Instrument der privaten Altersvorsorge. Immer mehr Bundesbürger machen davon Gebrauch. Nachdem 1999 darüber diskutiert wurde, ob Kapitalerträge aus Lebensversicherungen steuerpflichtig sein sollen, stiegen die Beiträge nur mäßig weiter an. Neuen Schwung könnte die Rentenreform bringen.*

gungsministerium.de aufruft, stößt nicht etwa auf die neuesten Nachrichten aus dem Bundesverteidigungsministerium, sondern auf einen Leitfaden für Kriegsdienstverweigerer. Ein Lehrling aus Lehrte hat sich den Domain-Namen gesichert, noch bevor Scharping auf die Idee gekommen ist. Der Minister klagt über „Verletzung des Namensrechts“ und will die Adresse vom Landgericht Hannover für seine Zwecke reservieren lassen.

# Stopp der Kinderarmut. Familiengeld schützt Kinder vor Sozialhilfeabhängigkeit

**Zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erklärte die Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Familien- und Jugendpolitik der CDU, die hessische Sozialministerin:**

Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Familien mit Kindern sind stärker als andere von Armut bedroht. Vor allem in der Phase der Familiengründung, wo hohe Kosten anfallen, die Ersparnisse aber gering sind, rutschen immer mehr Familien insbesondere mit mehreren Kindern in die Sozialhilfeabhängigkeit.

Dies betrifft immer mehr auch Familien mit mittleren Einkommen. Obwohl Familien große Anstrengungen unternehmen, um durch Erwerbsarbeit ihre Familienmitglieder zu ernähren, brauchen sie häufiger als andere ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt.

Wie der Armutsbericht belegt, hat ungefähr ein Drittel der Paare mit Kindern, die Sozialhilfe bekommen, auch Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit. Sie sind jedoch zusätzlich auf Sozial-



hilfe angewiesen, weil ihre Einkommen nicht für die alltäglichen Bedürfnisse der Familie ausreichen. Niedrige Einkommen reichen selten aus, um den gesamten Lebensunterhalt einer Familie zu bestreiten. Die Löhne und Gehälter sind nicht in gleicher Weise wie die Lebenshaltungskosten gestiegen.

## Was Rot-Grün mit der einen Hand gibt, nimmt sie mit der anderen

Die rot-grüne Regierung hat allein durch die Anhebung der Verbrauchssteuern dazu beigetragen, dass Familien heute weniger in ihrem Portemonnaie haben. Vor allem die Ökosteuer zieht den Familien durch höhere Strom-, Heizungs- und Warmwasserkosten und stei-

gende Preise für Benzin und den öffentlichen Nahverkehr seit Januar 2000 kontinuierlich das Geld aus der Tasche.

Den Familien hilft keine Kindergelderhöhung um 30 DM, wie die rot-grüne Regierung sie jetzt beschlossen hat. Eine Kindergelderhöhung bewahrt Kinder nicht vor Armut. Der Bundesfachausschuss Familienpolitik kämpft deshalb für eine langfristige Perspektive für Familien. Mit einem einkommensunabhängigen Familiengeld von 1200 DM für die ersten 3 Jahre eines Kindes, 600 DM bis 18 Jahre und 300 DM bis zur Vollendung der Ausbildung wollen wir verhindern, dass eine Familie – nur weil sie Kinder hat – auf Sozialhilfe angewiesen ist. Das Familiengeld stellt nicht nur das Existenzminimum eines Kindes frei, sondern entlastet darüber hinaus Familien von den ständig steigenden Lebenshaltungskosten, die die rot-grüne Regierung zu verantworten hat. Viele Familien, die ein eigenes Einkommen haben, werden zukünftig nicht mehr auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sein. **UD**



RAINER JORK:

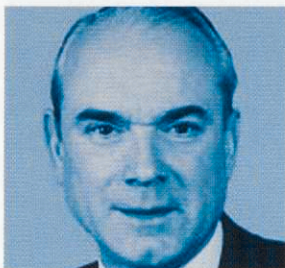
# Die rot-grüne Bundesregierung hat ihr Ziel **erneut verfehlt**

**Zur Vorstellung des Berufsbildungsberichts 2001 durch die Bundesregierung am 25. April erklärte der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für berufliche Bildung:**

Kein Anlass zum Jubeln. Nicht etwa die Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich verbessert, sondern allenfalls die offizielle Statistik.

Tatsache ist, dass im vergangenen Ausbildungsjahr 2 % weniger neue Ausbildungsverträge im Rahmen des dualen Systems als 1999 abgeschlossen wurden. Während die Zahl der Verträge gegenüber dem Vorjahr im Westen nahezu gleich blieb (-0,2 %), gab es im Osten einen Rückgang von 7,8 %, im Ausbildungsbereich Handwerk sogar von 12,3 %.

Die Situation in den neuen Bundesländern ist also unverändert dramatisch. Immer mehr Jugendliche verlassen für Ausbildung und Arbeit ihre Heimat. 1998 und 1999 waren es insgesamt mehr als 100.000 junge Menschen unter 25 Jahren.



Das JUMP-Programm der Bundesregierung hat sich auch im vergangenen Jahr nicht ausreichend bewährt. Von ca. 770.000 Bewerbern schafften nur etwa 400.000 den Sprung in eine reguläre Ausbildung.

## **Ich fordere daher:**

■ Die Maßnahmen des Sofortprogramms JUMP müssen erneut auf ihre Effizienz hin überprüft und in den neuen Ländern an die spezifischen Umstände angepasst werden. ■ Sinnlose Ersatzmaßnahmen gehören abgeschafft; primäres Ziel aller Maßnahmen muss die unmittelbare Integration in den 1. Arbeitsmarkt sein. ■ Außerbetriebliche Lehrstellen dürfen im Osten nur in dem Maße reduziert werden, wie das Angebot an betrieblichen Stellen wächst.

■ Um das Angebot an betrieblichen Stellen in den neuen Ländern zu erhöhen, sind Lohnkostenzuschüsse vor allem an finanzschwache kleine und mittlere Unternehmen zu zahlen. ■ Die Mobilität lehrstellensuchender Jugendlicher im Osten muss weiterhin gefördert werden, wo immer möglich auch innerhalb der neuen Länder, und die Rückkehr in die Heimat nach der Ausbildung muss nachdrücklich unterstützt werden. ■ Das duale System der Berufsausbildung muss in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft modernisiert, die oft mangelhafte Ausstattung der Berufsschulen verbessert werden. ■ Neue Berufsbilder sind zu entwickeln, besonders Ausbildungsgänge mit hohem Zukunftspotential sind zu fördern, um dem drohenden Fachkräftemangel in vielen Branchen vorzubeugen. Das wirksamste und dringlichste Programm zur Erhöhung von Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit ist jedoch eine mittelstandsfreundliche Wirtschafts-, Investitions- und Steuerpolitik. **UD**

## 40 Jahre SPD-Herrschaft in der Hansestadt sind **endgültig genug**

Mit der überwältigenden Mehrheit von 93 % haben die Vertreter der Hamburger Ortsverbände am 21. April ihren Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl im Herbst diesen Jahres, den Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Bürgerschaft, Ole von Beust, auf Platz eins der Landesliste gewählt.

Der lang andauernde Applaus im Saal 4 des Congress-Centrums im Anschluss an die Nominierung war für alle Hamburger das deutliche Signal, dass die CDU nun Kurs auf das Rathaus nimmt und gemeinsam dafür kämpft, dass ab dem 23. September der Kapitän auf der Brücke des Hamburger Schiffes von Beust heißt.

### SPD-Filz an allen Ecken und Enden

In seiner Vorstellungsrrede vor der Landesvertreterversammlung hatte Ole von Beust noch einmal die Notwendigkeit eines klaren CDU-Erfolges bei den Wahlen deutlich gemacht. „Über 40 Jahre SPD-Herr-



schaft in der Hansestadt sind endgültig genug. Der Filz wuchert in dieser Stadt in allen Ecken und Enden. Eine bessere Zukunft in allen politischen Bereichen kann es mit diesem SPD/GAL-Senat nicht geben. Der Weg muss frei gemacht werden für neue Ideen und neue Ansätze. Daher will ich am 23. September den Wechsel im Rathaus!“, so der Fraktionsvorsitzende vor den über 200 begeisterten Vertretern.

Insgesamt 87 Kandidaten wurden für die Landesliste zu den Bürgerschaftswahlen nominiert. Neben Ole von Beust auf Platz eins, kandidieren der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umwelt und Mitglied des Landesvorstandes der Hamburger CDU, Prof. Dr. Roland

Salchow, auf Platz zwei, die Landesvorsitzende der CDA und stellvertretende Landesvorsitzende der Hamburger CDU, Antje Blumenthal, auf Platz drei, der Erste Vizepräsident der Hamburger Bürgerschaft, Berndt Röder, auf Platz vier sowie die Landes- und stellvertretende Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU, Barbara Ahrons, auf Platz fünf.

### Neuwahlen auch in allen 7 Stadtbezirken

Da am 23. September nicht nur das Landesparlament des Stadtstaates, die Hamburger Bürgerschaft, sondern auch die Bezirksparlamente in allen sieben Stadtbezirken neu gewählt werden, nominierte die Vertreterversammlung für einen Teil der Hamburger CDU-Kreisverbände auch deren Kandidatenlisten für die Bezirksversammlungen. Diese Besonderheit ist auf Grund der speziellen Struktur der CDU in einem Stadtstaat wie Hamburg möglich.



## Die Weichen für 2002 sind **gestellt**

Mit überwältigender Mehrheit – 88 Ja-Stimmen bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung – hat die CDU Sachsen-Anhalt ihren Landesvorsitzenden Wolfgang Böhmer zum Spitzenkandidat für die Landtagswahl im nächsten Jahr nominiert (siehe UiD 12). Die reguläre Wahl soll auf dem Landesparteitag im Dezember stattfinden.

Die Botschaft des Kandidaten, der demnächst Christoph Bergner als Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion ablösen wird: Grundsätzlicher Politikwechsel in Sachsen-Anhalt und es dadurch möglich machen, dass das Land wieder an das Niveau der anderen neuen Bundesländer anschließen kann.

Wolfgang Böhmer: „Die von dem sozialdemokratischen Ministerpräsi-



denten Reinhard Höppner geführte und von der PDS tolerierte Landesregierung hat Sachsen-Anhalt die rote Laterne angehängt und zum Schlusslicht in der Bundesrepublik gemacht.“

Die Mitteldeutsche Zeitung sieht mit der Wahl Böhmers „die Weichen gestellt“, streicht das „Traumergebnis“ heraus, das die CDU dem Wittenberger Medizinprofessor beschert hat, und sieht in der Verhinderung einer Neuaufgabe der rot-roten Koalition zwischen SPD und PDS „sein strategisches Konzept“.

Mit der Nominierung der Kandidaten am 21. April und der Verabschiedung des Wahlprogramms am 3. Mai haben die Hamburger Christdemokraten nun endgültig die Signale für den Wahlkampf auf grün gestellt. Das klare Ziel steht dabei allen Hamburger CDU-

Mitgliedern klar vor Augen: Die Ablösung der über 40 Jahre SPD-dominierten Herrschaft im Hamburger Rathaus und eine bessere Politik für diese Stadt.

Bürgermeisterkandidat Ole von Beust verspricht den Vertretern seinen Teil für den Sieg im Herbst bei-

Die Magdeburger Volksstimme bescheinigt ihm für diese Aufgabe „Integrationskraft und Kompetenz“.

### Guter Start bei Kommunalwahlen

Bei den Bürgermeister- und Landratswahlen in zahlreichen Kommunen und Landkreisen in Sachsen-Anhalt hat sich das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Union verschoben. Schon im ersten Wahlgang am letzten Sonntag holte die CDU sechs ihrer sieben Landratsposten, die SPD dagegen nur drei von ebenfalls sieben.

Das i-Tüpfelchen: In Thale (Quedlinburg) hat der 29jährige Thomas Balcerowski für die CDU mit 60,7% der Stimmen gegen den SPD-Kandidaten (33,8%) gewonnen.

zutragen und griff die „Altersriege“ des SPD-Senats direkt an: „Ich werde einen Wahlkampf führen, der die CDU zur stärksten politischen Kraft macht. Wir werden diese Wagners, Wrocklages und Roths ein für alle mal aus dem Senat vertreiben!“

**UD**



## 1. MAI

## Kein Aufschrei

„Zukunft braucht alle Köpfe. Mitbestimmung gewinnt.“ Unter diesem Motto rief der DGB zu den diesjährigen Kundgebungen am Tag der Arbeit auf. Dass in ganz Deutschland gerade mal eine halbe Million Menschen auf Fröhshoppen oder Familienausflüge verzichteten, um den Funktionsforderungen Nachdruck zu verleihen, sollte ihnen zu denken geben. Kaum jemand glaubt ernsthaft, dass mehr Gewerkschaftsvertreter in den Vorstandsetagen für mehr Arbeitsplätze in der Produktion sorgen werden. Es ist schon ein Phänomen: Bei einer Arbeitslosenquote von bis zu 30 Prozent in den neuen Ländern scheint die Sonne auf ein friedliches Land. Die Krawalle in Berlin und anderswo waren ja nicht der Aufschrei eines verelendeten Proletariats, sondern der ritualisierte Schlagabtausch zwischen „Links-“

und „Rechts“-Radikalen, die einzig in der Randalie ihre Daseinsberechtigung bestätigt sehen. Die Welt

## ARBEITSLOSIGKEIT

## Gift

Die Bundesregierung hat vieles unternommen, die starren Strukturen, die seit langem wie Mehltau auf den Arbeitsmärkten liegen, zu zementieren. Die Sündenliste dieser Strategie der Rückregulierung ist lang. Der Kündigungsschutz wurde verschärft, die Lohnfortzahlung bei Krankheit erweitert, befristete Arbeitsverhältnisse eingeschränkt, ein neues Recht auf Teilzeit eingeführt. Das alles ist Gift für die Beschäftigung. Das i-Tüpfelchen ist die Reform der Betriebsverfassung. Die Bürokratie nimmt weiter zu, Entscheidungswege werden noch mehr verstopft, die Arbeitskosten steigen weiter, der Einfluss der gewerkschaftlichen Besitzstandswahrer steigt weiter.

Der Tagesspiegel

## SCHRÖDER

## In der Schattenzone

Deutschland ist Schlusslicht des europäischen Wachstumszuges. Was immer die Gründe sein mögen, die Folgen sind eindeutig. Mit der Dämpfung des wirtschaftlichen Optimismus lässt die Kohäsionskraft der „Neuen Mitte“ nach. Und: Schröder gerät in die Schattenzone. Dabei hatte er sich etwas Schönes vorgestellt: Ein inflationsarmes Wachstum über 3 % und stetig abschmelzende Arbeitslosigkeit sollten den Wahl-Pfad 2002 in einen lichten Boulevard verwandeln. Stattdessen Dämmerung. Für den Medien-Kanzler ist die Szenenbeleuchtung entscheidend, hellreden kann er sie nicht. Da seine Person nur in der Sonne glänzt, treten nun Züge des Ingrimms in die Physiognomie. Schröder kann Erfolge ausspielen – für die Interpretation von Verlusten reicht Conferencier-Talent nicht aus.

Welt am Sonntag



## KINDERGELD

## Taschenspielertricks

Rot-Grün steckt in einem Dilemma: Genossen und Grüne wollen mehr für die Familien tun – und müssen das übrigens auch nach dem Spruch der Verfassungsrichter. Gleichzeitig möchte die Regierungskoalition eines aber auf keinen Fall: Ihr Markenzeichen Sparpolitik aufs Spiel setzen. Was bloß tun, zumal da plötzlich die Konjunktur schwächelt und sich sicher geglaubte Steuereinnahmen in Nichts auflösen? Taschenspielertricks helfen jedenfalls nicht weiter. Idee war es dabei, das Kindergeld auf 150 Euro anzuheben und somit nicht um 30, sondern nur um gut 23 Mark ansteigen zu lassen, ist albern. Auf diese Weise würde Finanzminister Hans Eichel zwar über eine halbe Milliarde Mark einsparen. Sein Ruf als ehrlicher Buchhalter wäre jedoch ernsthaft gefährdet.

Süddeutsche Zeitung

## BERICHTE

## Sprengstoff

Wo leben wir eigentlich? In einem Land, in dem 1,1 Millionen Kinder auf Sozialhilfe angewiesen sind; in dem die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird; in dessen östlichem Teil 100 000 Lehrstellen fehlen; in dem sich im letzten Jahr 2030 Menschen zu Tode fixten. Die Frage mag provokativ klingen, die Antwort polemisch. Aber sie stammt nicht von notorischen Miesmachern, sondern fußt auf drei Dokumenten, die amtlicher nicht sein könnten: dem Armuts- und Reichtumsbericht, dem Berufsbildungsbericht und dem Drogenbericht der Bundesregierung. Alle drei wurden fast gleichzeitig veröffentlicht und bringen zusätzlichen Sprengstoff in die Debatte. Worauf es ankommt: eine in sich schlüssige Suchtpolitik, die alle gesellschaftlichen Bereiche mit einbezieht.

Leipziger Volkszeitung

## DROGEN

## Nur Gerede

Die erschreckenden Zahlen sind seit Jahresbeginn bekannt. Alarmiert aber haben sie niemanden in den vergangenen vier Monaten, nicht in Berlin, nicht in den Ländern. Über Drogenpolitik in Deutschland wird viel geredet, vor allem beim jährlichen Ritual des Berichts der Drogenbeauftragten. Doch hat sich Entscheidendes verändert? Bisher setzt sich eine neue Drogenpolitik nur in homöopathischen Dosen durch. Um zwölf Prozent stieg die Zahl der Drogentoten im Jahr 2000 an, nur 1991 und 1992 forderte die Krankheit Sucht mehr Opfer. Heroin ist der Killer Nummer 1 in der Drogenszene. Jugendliche konsumieren immer mehr Stoff, und es sind beunruhigend viele Jugendliche, die Ecstasy, Haschisch, LSD oder Kokain, aber auch Crack nehmen.

Süddeutsche Zeitung

## Ein wichtiger Beitrag zur Programmarbeit der Union

*Alois Glück: Verantwortung übernehmen. Mit der Aktiven Bürgergesellschaft wird Deutschland leistungsfähiger und menschlicher. Stuttgart/München 2001*

Was unterscheidet Parteien heute noch? Die Zeiten großer ideologischer Grabenkämpfe sind vorbei. Wir sollten uns damit auch angesichts drängender Gegenwartsfragen nicht mehr aufhalten. Es ist das Bild vom Menschen, das heute das spezifische Profil einer Partei ausmacht. Zum prägenden Grundtenor der Unionsparteien gehört das christliche Menschenbild: Alle Menschen haben die gleiche Würde und die gleichen Rechte – unabhängig von bestimmten Eigenschaften oder Leistungen. Der Mensch weiß darum, dass er ein Geschöpf Gottes ist, er weiß um seine Endlichkeit, seine Grenzen und seine Freiheit. Jeder Mensch ist für seine Lebensgestaltung selbst verantwortlich. Menschliches Zusammen-

leben orientiert sich an den Werten Toleranz und Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität.

Das ist Fundament und Baugesetz der aktiven Bürgergesellschaft, die Alois Glück in seinem neuen Buch „Verantwortung übernehmen“ entwirft. Alois Glück ist ein Vordenker: Er entwirft Zukunftsvisionen für unsere Gesellschaft und für die Politik. Das vermag reiner Pragmatismus nicht. Glück gründet seine Vision einer aktiven Bürgergesellschaft auf unser christlich-abendländisches Wertefundament. Er zeichnet das Bild einer Gesellschaft, in der der einzelne Bürger Verantwortung für sich und andere übernimmt: „Alle politischen Maßnahmen müssen darauf zielen, die Menschen zu aktivieren. Dies gilt für alle Lebensbereiche, insbesondere aber in den Bereichen der Erziehung und der Bildung sowie im Sozialstaat.“ (S. 61).

Politik muss darauf zielen, die Eigenverantwortung des Einzelnen zu stärken, die Innovationskraft unserer Gesellschaft zu för-

dern, Gestaltungsspielräume zu schaffen und zu vergrößern. Geleitet wird Glück dabei von dem Grundsatz, „dass die Gemeinwohlorientierung einer Aufgabe nicht zwingend öffentliche Trägerschaft voraussetzt, sondern die Politik in erster Linie die Rahmenbedingungen für die Gestaltung und Erfüllung dieser Aufgaben zu setzen hat“ (S. 211). Agenda 21 und die Idee der Bürgerkommune führen zu neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements, das wesentlich zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft beiträgt.

Alois Glück fordert eine neue Kultur der Verantwortung und die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Das ist das Gegenteil von Beliebigkeit und Orientierungslosigkeit. Die staatlichen und politischen Strukturen müssen nach den Prinzipien Dezentralisierung, Subsidiarität und Nachhaltigkeit überprüft und reformiert werden. Eine stärkere Transparenz von Entscheidungen und Abläufen wirkt der zunehmenden Anonymität in un-



## Verantwortung übernehmen

Mit der Aktiven Bürgergesellschaft wird  
Deutschland leistungsfähiger und menschlicher



DVA

serer Gesellschaft entgegen. Nur so kann unsere Gesellschaft leistungsfähiger und menschlicher zugleich werden. Der Bürger ist nicht „Kunde des Dienstleistungsunternehmens Staat, sondern Staatsbürger, der sich mitverantwortlich fühlt und ein Teil des Gemeinwesens ist“ (S. 138).

Glück gibt Impulse für viele Politikbereiche. Unser Sozialstaat ist dringend reformbedürftig. Er muss nach den Prinzipien Vorrang der Eigenverantwortung, Sicherung größtmöglicher Chancengerechtigkeit und gelebter Solidarität neu organisiert werden. Das Bildungswesen ist dabei die „zentrale Quelle der Innovationskraft eines Volkes“ (S. 65). Bildung darf nicht verkürzt werden auf Wissensvermittlung. Sie erschöpft sich nicht in der Vorbereitung auf die Arbeitswelt, sondern zielt auf ganzheitliche Persönlichkeitsbildung, auf Erziehung zum „Engagement statt Erziehung zur kritischen Distanz“ (S. 98).

Schulen müssen begabungsgerecht sein. Nur in einem leistungsfreundlichen Klima lernen Schülerinnen und Schüler, dass sich Einsatz lohnt. Schule hat auch die Aufgabe, soziales Engagement und soziale Talente zu fördern. Um mehr Eigen-

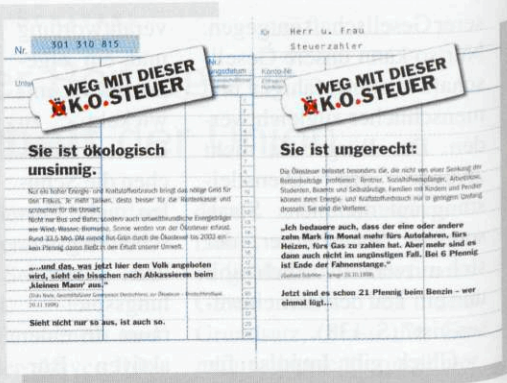
verantwortung und ein eigenes Profil entwickeln zu können, brauchen die Schulen mehr Entscheidungs- und Handlungsspielraum. In einer aktiven Bürgergesellschaft sind Schulen in das Leben vor Ort, in die Gemeinde, in das kommunale Geschehen eingebunden.

Die Wirtschaft muss die aktive Bürgergesellschaft mitgestalten: „Aktive Bürgergesellschaft und Soziale Marktwirtschaft sind eineiige Zwillinge.“ (S. 203). Wir brauchen eine Auseinandersetzung darüber, welche Strukturveränderungen der sozialen Marktwirtschaft unabdingbar sind. Hier gelten die gleichen Schlüsselbegriffe: „Vorrang der Eigenverantwortung, Einstellung zur Leistung und zum Wettbewerb, Solidarität und Rolle des Staates“ (S. 206).

Das lesenswerte Buch des Vorsitzenden der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag leistet gerade heute, wo politische Konturen zunehmend schwerer

erkennbar sind, einen wichtigen Beitrag zur Programmarbeit in der Union. Die von ihm entwickelte Realutopie könnte zum Kompass für zukünftige Grundsatzentscheidungen werden: „Die Aktive Bürgergesellschaft macht die Demokratie lebendiger. Bildet Werte, formt Bürger-tugenden und stiftet Lebenssinn. Schafft Freiräume und schützt vor staatlicher Willkür. Ist Ort gelebter und belastbarer Solidarität. Ist die Welt freier Bürger und starker Gemeinschaften.“ (S. 238).

Hier formuliert ein Vordenker klare Standpunkte, die für die inhaltliche Profilbildung der Unionsparteien – auch im Hinblick auf 2002 – unverzichtbar sind. **UD**



**Aufkleber XXL  
„Weg mit dieser ÖK.O.-Steuer“**

**Format 42 x 12 cm**

Bestell-Nr.: **9865**

Preis je 100 Expl. 45,00 DM  
(23,01 EURO)

**Format 14 x 4 cm**

Bestell-Nr.: **9684**

Preis je 100 Expl. 10,00 DM  
(5,11 EURO)

**Sparbuch „Ökosteuern“**

**DIN A0**

Bestell-Nr.: **5707**

Preis je 100 Expl. 22,00 DM  
(11,25 EURO)

Verpackungseinheit: 100 Expl.



**Aufnahmeantrag  
mit abtrennbarem  
Abfragebogen für  
Zusatzangaben**

Bestell-Nr.: **6719**  
200 Expl. kostenlos

**Beitragsstaffel  
als Beilegekarte zum  
Aufnahmeantrag**

Bestell-Nr.: **6720**  
150 Expl. kostenlos



# Bestellschein

## - Außenwerbemittel -

--	--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

CDU-Bundesgeschäftsstelle  
 HA Öffentlichkeitsarbeit  
 Klingelhöferstraße 8  
 10785 Berlin

Fax: 0 30-2 20 70-3 89

CDU-Verband

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	<b>CDU-Schaukasten</b> , wetterfeste Ausführung aus Aluminium <i>mit magnethaftender Rückwand, Außenmaße: 100,7 cm x 85,7 cm x 7 cm</i>	485,00 DM	
	<b>- Ständergarnitur</b>	175,00 DM	
	<b>- Beleuchtungsgarnitur</b>	100,00 DM	
	<b>Mastanhänger</b> , DIN A1, komplett, Preis bis 500 Expl.	17,95 DM	
	Preis ab 501 Expl.	16,50 DM	
	<b>Ersatz Pappträgerplatte</b>	2,50 DM	
	<b>Ersatz-PE-Hülle mit Stäben</b>	3,00 DM	
	<b>Schnellspannband, für Mastanhänger</b>	0,70 DM	
	<b>Klebeband</b> (glasfaserverstärkt), 50 m	4,00 DM	
	<b>Dachständer</b> , DIN A1, ohne Scheiben	64,00 DM	
	DIN A1, mit Scheiben	110,00 DM	
	DIN A0, ohne Scheiben	84,00 DM	
	DIN A0, mit Scheiben	160,00 DM	
	<b>Einzelstellfläche</b> , DIN A1	25,00 DM	
	DIN A0	34,00 DM	
	<b>Dreieckständer</b> , DIN A1, Höhe 1,39 m ohne PVC-Scheiben	113,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	133,00 DM	
	<b>Dreieckständer</b> , DIN A1, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben	119,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	139,00 DM	
	<b>Dreieckständer</b> , DIN A0, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben	148,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	180,00 DM	

Die Berechnung und Lieferung dieser Bestellung erfolgt durch den jeweiligen Hersteller. Alle genannten Preise verstehen sich zzgl. MwSt. und Frachtkosten

Datum

Unterschrift



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.



**Mailing-Karte – What's new@cdu.de**  
„E-Mail für alle“

100 Expl. kostenlos

**BESTELL-  
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum  
Postfach 1465  
59306 Ennigerloh  
Telefax 02524/911310  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen